Antrag

der Fraktion GRÜNE

und

Stellungnahme

des Umweltministeriums

Nachhaltigkeitsstrategie des Landes

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. ob seit April neue Projekte in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen wurden oder genannte Projekte abgeändert wurden, welche weiteren Projektvorschläge seitdem von den Ressorts oder von gesellschaftlichen Gruppierungen gemacht wurden und wie mit diesen Projektvorschlägen verfahren wurde;
2. ob es schon erste Teilergebnisse aus den Projektgruppen gibt, wo diese veröffentlicht werden und falls nein, wann mit ersten Ergebnissen zu rechnen ist;
3. welche Themenworkshops mit welchen Ergebnissen bisher stattgefunden haben und ob es Zielsetzung der Landesregierung ist, im Verlauf der Nachhaltigkeitsstrategie für alle bearbeiteten Themenfelder konkrete Ziele und Zeitpläne zu benennen;
4. welche gesellschaftlichen Akteure in welchen Projekt- und Themenarbeitsgruppen aktiv mitarbeiten, ob es diesbezüglich seit der Auftaktveranstaltung Änderungen gegeben hat und insbesondere welche im Bereich Entwicklungspolitik tätigen Nichtregierungsorganisationen in welchen Gruppen beteiligt sind;

5. wie sich die Koordinierungsgruppe und die Nachhaltigkeitskonferenz konkret zusammensetzen und wie oft sie schon getagt haben;
6. wie sich die Einbindung des Nachhaltigkeitsbeirats bisher konkret darstellt;
7. wie die Nachhaltigkeitsstrategie zur Umsetzung des Aktionsplans für die UN-Dekade 2005 bis 2014 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beitragen soll;
8. welche personellen Kapazitäten und welche Finanzmittel in den verschiedenen Ressorts (Ministerien und nachgeordnete Behörden) für die Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zur Verfügung stehen;
9. ob in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU (Drucksache 14/1075) in Aussicht gestellte Inputs von Seiten der Landesregierung wie die Formulierung Baden-Württemberg-spezifischer Orientierungsziele und das Konzept für das Themenfeld „Wissen und Bildung als Motoren nachhaltiger Entwicklung“ inzwischen vorliegen und falls nein, wann mit ihrer Vorlage zu rechnen ist;
10. welche Schritte bisher unternommen wurden, um die Nachhaltigkeitsstrategie und ihre Ziele im Regierungshandeln umzusetzen und welche konkreten Beispiele diesbezüglich genannt werden können;

II.

1. ein Evaluierungskonzept für den Gesamtprozess vorzulegen, das aufzeigt, mit welchem Ziel, nach welcher Methode, von wem und ab wann eine Evaluierung vorgenommen wird;
2. dem Landtag spätestens ein Jahr nach der Auftaktveranstaltung erstmalig umfassend über die Ergebnisse der Projektgruppen, die Umsetzung der Projektergebnisse und den Gesamtprozess der Nachhaltigkeitsstrategie zu berichten;
3. im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie einen „Nachhaltigkeits-Check“ für rechtliche Regelungen und Förderinstrumente zu entwickeln, der bei der Vorlage neuer Gesetze und Verordnungen und der Aufstellung des Haushalts so weit wie möglich zu berücksichtigen ist.

09. 10. 2007

Kretschmann, Dr. Splett
und Fraktion

Begründung

Anfang März dieses Jahres hat die Landesregierung den Startschuss für die „Nachhaltigkeitsstrategie des Landes“ gegeben. Die CDU-Fraktion hat kurze Zeit später eine Große Anfrage zum Thema eingebracht. Entgegen der erklärten Zielsetzung, die Strategie in die Breite der Gesellschaft zu tragen, hat man jedoch seit der Auftaktphase nicht mehr viel von der Nachhaltigkeits-

strategie gehört. Insbesondere ist zu beobachten, dass eine Orientierung des Regierungshandels an den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie bisher ausgeblieben ist.

Schon zum Zeitpunkt der Auftaktveranstaltung wurde von Seiten der Umweltverbände kritisiert, dass der Nachhaltigkeitsstrategie die Zielsetzung und Konzeption fehle und stattdessen an vielen kleinen Projekten gearbeitet werden solle, die zum Teil ohnehin Pflichtaufgaben des Landes darstellen oder bereits seit längerem bearbeitet werden. Zudem seien die Schnittstellen zu früheren Initiativen der Landesregierung wie Umweltplan, Einberufung Nachhaltigkeitsbeirat und Umweltdialog sowie zum aktuellen Regierungshandeln unklar.

Diese Kritik wiegt umso schwerer, als das Thema von herausragender Bedeutung für die Zukunft des Landes ist und ein Prozess, der keine greifbaren und relevanten Ergebnisse erzielt, nicht nur zu zeitlichen Verzögerungen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung führt, sondern der Zielsetzung und der Akzeptanz der gesellschaftlichen Akteure für das Themenfeld insgesamt Schaden zufügt.

Unklar ist auch, wie die Nachhaltigkeitsstrategie insgesamt und die Arbeit in den Themenfeldern zielorientiert gesteuert werden soll und welche Konzeption es für die dringend notwendige Evaluation gibt. Sowohl die Projektsteuerung als auch die Evaluation dürften im Übrigen durch das Fehlen klarer Projektziele erheblich erschwert sein.

Im Hinblick auf die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen ist zu fragen, ob entwicklungspolitische Organisationen in dem Umfang eingebunden sind, wie es in Anbetracht der Zielsetzung einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung angemessen wäre.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 2. November 2007 Nr. 21–8809.01–01/1 nimmt das Umweltministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten:

1. Sind seit April neue Projekte in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen worden oder wurden genannte Projekte abgeändert, wurden weitere Projektvorschläge seitdem von den Ressorts oder von gesellschaftlichen Gruppierungen gemacht und wie wurde mit diesen Projektvorschlägen verfahren?

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist im März 2007 mit folgenden 15 Projekten gestartet:

Themenfeld 1: Zukunftsfähige Energieversorgung und -nutzung

- Kommunaler Klimaschutz
- Reduzierung des Energieverbrauchs in Haushalt, Gewerbe und Industrie
- Stärkung der Nachhaltigkeit im Staatlichen Hochbau

Themenfeld 2: Produzieren und Arbeiten

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Hochwertige Lebensmittel aus unserem Land
- Abfall als Ressource

Themenfeld 3: Zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Regionen

- Flächen gewinnen in Baden-Württemberg
- Runder Tisch Radverkehr

Themenfeld 4: Lebensqualität

- Neuakzentuierung der Prävention in Baden-Württemberg
- Zukunftsorientierte Sicherheitsarbeit – Innovationspartnerschaft
- Gesunde Ernährung
- Unsere Bäche und Flüsse – Die Lebensadern Baden-Württembergs

Themenfeld 5: Zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung

- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Justiz
- Biologische Vielfalt

Von diesen Startprojekten wurden zwei auf Initiative der gesellschaftlichen Akteure – das Projekt „Abfall als Ressource“ sowie das Projekt „Biologische Vielfalt“ – aufgenommen (vgl. Große Anfrage der CDU-Fraktion Drs. 14/1075).

Der Projektvorschlag zur „Biologischen Vielfalt“ wurde vom Fachausschuss für Naturschutzfragen beim Landesbeirat für Natur- und Umweltschutz dahingehend konkretisiert, dass als Projekt der Nachhaltigkeitsstrategie das Thema „Klimawandel und zuwandernde Arten“ vorgeschlagen wurde. Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum hat daraufhin dieses Thema als neues Projekt der Nachhaltigkeitsstrategie angemeldet. Die Auftaktveranstaltung zu diesem Projekt, das Gefahren und Chancen des Klimawandels für die biologische Vielfalt und Regeln für den Umgang mit den zuwandernden Arten erarbeiten soll, ist für Dezember 2007 vorgesehen.

Im Rahmen der jeweiligen Projektbeschreibung können die Projekte im Übrigen die Projektziele und ihre Herangehensweise weitgehend selbst bestimmen und damit im Einzelfall auch zunächst selbstständig abändern. Dies entspricht der dialogorientierten Vorgehensweise der Nachhaltigkeitsstrategie sowie ihrer Projekt- und Ergebnisorientierung. Das gewonnene Projektergebnis unterliegt erst im Anschluss an die Arbeitsphase der Projektgruppen dem Monitoring insbesondere durch die Strategische Koordinierungsgruppe.

Im Rahmen von Themenfeld-Workshops haben daneben sowohl die Ministerien wie auch die gesellschaftlichen Gruppierungen weitere Ideen für neue Projekte formuliert (siehe unten Ziff. 3). Auf der Grundlage dieser Diskussionsergebnisse sollen später neue Projekte der Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet werden. Die neu aufgenommenen Projekte werden dann von der Nachhaltigkeitskonferenz verabschiedet, die im Frühjahr nächsten Jahres tagen wird.

2. Gibt es schon erste Teilergebnisse aus den Projektgruppen, wo werden diese veröffentlicht und falls nein, wann ist mit ersten Ergebnissen zu rechnen?

Die Ergebnisse der Projektgruppen – soweit vorliegend – werden im Rahmen der Nachhaltigkeitskonferenz im Frühjahr 2008 verkündet. Sie werden im Anschluss daran auf der Website der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes (www.jetzt-das-morgen-gestalten.de) veröffentlicht.

Die staatlichen und gesellschaftlichen Akteure haben sich in den Projekten darauf vereinbart, die einzelnen Arbeitsschritte und Teilergebnisse zunächst nur innerhalb der Projektgruppe zu diskutieren. Zum Austausch von Ideen und der Weiterentwicklung der Projektarbeiten und Teilergebnisse wurde eine eigene Intranet-Arbeitsplattform eingerichtet. Es wurde allgemein für wichtig angesehen, zunächst eine vertrauliche Arbeitsebene zu schaffen und über Projektergebnisse erst dann zu berichten, wenn die entsprechende Ergebnisreife erzielt wurde.

In vielen Fällen haben sich innerhalb der Projekte Unterarbeitsgruppen gebildet, die Handlungsvorschläge zu einzelnen Fragestellungen des Projektthemas erarbeiten. Dies spiegelt die Vielfalt der Themenstellungen innerhalb der Projekte, aber auch die Bandbreite möglicher Ansatzpunkte für konkrete Maßnahmen wider.

3. Welche Themenworkshops mit welchen Ergebnissen haben bisher stattgefunden und ist es Zielsetzung der Landesregierung, im Verlauf der Nachhaltigkeitsstrategie für alle bearbeiteten Themenfelder konkrete Ziele und Zeitpläne zu benennen?

Parallel zu den Projektarbeiten veranstaltet die Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie zu jedem Themenfeld einen eigenen, ganztägigen Themenfeld-Workshop. Bereits im Juni und im Juli fanden die Workshops zu den Themenfeldern „Zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Regionen“ und „Produzieren und Arbeiten“ statt, während die Workshops „Zukunftsfähige Energieversorgung und -nutzung“ sowie „Zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung“ im Oktober durchgeführt wurden.

Die bisher durchgeführten Workshops, an denen im Einzelfall bis zu 100 Akteure teilgenommen haben, sind auf eine sehr positive Resonanz gestoßen.

Ein weiterer Workshop zum Themenfeld „Lebensqualität“ ist für den 5. Dezember 2007 angesetzt. Der Workshop zu dem vom Ministerrat im Juli 2007 neu aufgenommenen Themenfeld „Bildung und Wissen als Motoren nachhaltiger Entwicklung“ wird Anfang 2008 stattfinden (vgl. hierzu auch Ziff. 9).

Ziel der Themenfeld-Workshops ist es, im Dialog mit den Vertretern aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft zu erörtern, wo im jeweiligen Themenfeld die Problemschwerpunkte liegen und welche Bereiche von der Nachhaltigkeitsstrategie noch aufgenommen werden sollten. Hierbei werden nicht nur Ideen für neue Projekte gesammelt, sondern ein allgemeiner, offener Austausch gefördert, der außerdem die thematische Untergliederung der Nachhaltigkeitsstrategie deutlich macht. Die Ergebnisse aus den Workshops werden in Protokollen festgehalten, die den Teilnehmern der Veranstaltung und den Akteuren der Nachhaltigkeitsstrategie übermittelt und zudem auf der Website www.jetzt-das-morgen-gestalten.de veröffentlicht werden. Sie hier im Detail darzustellen würde den Rahmen dieser Stellungnahme sprengen. Nach einer ersten cursorischen Betrachtung der Ergebnisse können aber bereits jetzt eine Vielzahl von Anregungen und Vorschlägen festgestellt werden. Nach Durchführung aller Workshops werden aus der Gesamtsumme der Ergebnisse der Workshops Vorschläge für weitere Projekte erarbeitet, da erst in der Gesamt-

schau Querschnittsthemen übergreifend beleuchtet und Schnittstellen zutreffend erkannt werden können.

In der Nachhaltigkeitsstrategie gibt es neben der operativen Ebene auch die strategische Ebene. Auf dieser Ebene werden derzeit Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg erarbeitet. Diese Ziele dienen als übergeordneter Orientierungsrahmen für die Gesamtstrategie, also auch für die einzelnen Projekte und Themenfelder. Die Formulierung von Projektzielen erfolgt innerhalb der Projektgruppen. Die Themenfelder selbst haben ausschließlich die Funktion, die Nachhaltigkeitsstrategie thematisch zu untergliedern.

Auf strategischer Ebene ergibt sich der zeitliche Rahmen durch die Sitzungen der Strategischen Koordinierungsgruppe und der Nachhaltigkeitskonferenz, die ein bzw. zwei Mal pro Jahr tagen.

Auf der Umsetzungsebene ist der Zeitplan im Wesentlichen durch die Arbeit der einzelnen Projektgruppen vorgegeben, die innerhalb eines Zeitrahmens von 12 bis 18 Monaten abgeschlossen sein sollen.

4. Welche gesellschaftlichen Akteure arbeiten in welchen Projekt- und Themenarbeitsgruppen aktiv mit, hat es diesbezüglich seit der Auftaktveranstaltung Änderungen gegeben und welche im Bereich Entwicklungspolitik tätigen Nichtregierungsorganisationen sind in welchen Gruppen beteiligt?

An der Nachhaltigkeitsstrategie beteiligen sich gesellschaftliche Akteure in großer Bandbreite und Zahl. Entsprechend dem Verständnis der Nachhaltigkeitsstrategie, dass unter Berücksichtigung der Endlichkeit von Ressourcen stets ökologische, ökonomische und soziale Interessen zu berücksichtigen sind, sind Vertreter aller Bereiche zur Beteiligung an der Projektgruppenarbeit und den Themenfeldworkshops aufgerufen. Der Teilnehmerkreis der Projektgruppen und Themenfeldworkshops bildet diese Bandbreite ab. Es lässt sich deshalb feststellen, dass nahezu alle namhaften gesellschaftlichen Gruppierungen des Landes an der Nachhaltigkeitsstrategie teilnehmen.

Insgesamt beteiligen sich derzeit rund 350 Personen als Vertreter von 240 verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen und Verbänden allein in den Projektgruppen. Zum Teil engagieren sich einzelne Institutionen mit mehreren Vertretern in den Projekten. Eine Reihe von gesellschaftlichen Gruppierungen bringen sich in mehrere, sogar bis zu 11 Projekte ein. An den Themenfeldworkshops haben bisher 117 gesellschaftliche Institutionen mit einer oder mehreren Personen teilgenommen. Die Teilnehmerzahl bei den einzelnen Workshops erreichte in einem Fall über 100 Personen. Die teilnehmenden Institutionen in den Projektgruppen und Themenfeld-Workshops sind in der Anlage aufgeführt (ohne Ministerien und Regierungspräsidien).

Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich Entwicklungspolitik beteiligen sich im Projekt „Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Darüber hinaus haben sie sich in den Themenfeld-Workshops sowie bei der Entwicklung von Zielen nachhaltiger Entwicklung engagiert.

5. Wie setzen sich die Koordinierungsgruppe und die Nachhaltigkeitskonferenz konkret zusammen und wie oft haben sie schon getagt?

Die Strategische Koordinierungsgruppe steht unter dem Vorsitz der Umweltministerin. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- Amtschefs aller Ministerien,
- Vertreter der gesellschaftlichen Gruppierungen aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft, Soziales und Kommunen

(Landkreistag Baden-Württemberg, Gemeindetag Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg, Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e. V., Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag, Baden-Württembergischer Handwerkstag e. V., Naturschutzbund Deutschland e. V. Landesverband Baden-Württemberg, Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V., Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.)

- sowie den Vorsitzenden (Abteilungsleiter eines Ministeriums) und Co-Vorsitzenden (gesellschaftlicher Akteur) der Projekte (hierzu zählen: Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V., Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg, Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e. V., Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Hohenheim, VCI Landesverband Baden-Württemberg e. V., Fraunhofer Institut für Informations- und Datenverarbeitung, Dr. Rainer Wild-Stiftung, Institut für Landespflege an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Regionale Bildungsstelle des Deutschen Entwicklungsdienstes, Bewährungshilfe Stuttgart e. V.).

Die Strategische Koordinierungsgruppe hat sich in der ersten Sitzung am 12. Juli 2007 konstituiert. Die zweite Sitzung wird am 27. November 2007 stattfinden.

Die Nachhaltigkeitskonferenz steht unter dem Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten. Sie ist das oberste Gremium und befindet über die strategische und thematische Ausrichtung der Nachhaltigkeitsstrategie. Dieses Gremium soll mit hochrangigen Vertretern gesellschaftlicher Gruppen und den Mitgliedern des Kabinetts besetzt sein. Zusätzlich können herausragende Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens in Baden-Württemberg, die sich durch ihre Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung an der Nachhaltigkeitsstrategie auszeichnen, in die Nachhaltigkeitskonferenz berufen werden. Die erste Sitzung der Nachhaltigkeitskonferenz ist für Frühjahr 2008 vorgesehen.

6. Wie stellt sich die Einbindung des Nachhaltigkeitsbeirats bisher konkret dar?

Der Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung hat die Nachhaltigkeitsstrategie von Anfang an begleitet. Als unabhängiges wissenschaftliches Gremium hat der Nachhaltigkeitsbeirat die Landesregierung zunächst bei konzeptionellen Fragestellungen der Nachhaltigkeitsstrategie unterstützt. So wurden beispielsweise im Rahmen einer Klausursitzung die Struktur der Nachhaltigkeitsstrategie, die Themenfelder und denkbare Einzelthemen erörtert sowie generelle Zielvorstellungen entwickelt. Daneben wurde dem Nachhaltigkeitsbeirat regelmäßig über die konzeptionellen Arbeiten, Veranstaltungen, wie etwa die Themenfeld-Workshops sowie die Projektarbeiten berichtet. Mitglieder des Nachhaltigkeitsbeirats haben sich aber auch an den konkreten Arbeiten in der Nachhaltigkeitsstrategie, z. B. im Rahmen der Themenfeld-Workshops, beteiligt.

Der Nachhaltigkeitsbeirat liefert durch seine Sondergutachten zu unterschiedlichen Themenstellungen, z. B. durch das Sondergutachten „Wege zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Baden-Württemberg“, wertvollen Input für die Arbeiten der Projekte.

Der Nachhaltigkeitsbeirat wird im Rahmen des laufenden Zielfindungsprozesses der Nachhaltigkeitsstrategie (vgl. unten 9.) eine Empfehlung zu den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie abgeben und zu übergeordneten Fragestellungen der Nachhaltigkeitsstrategie Stellung nehmen, etwa zur Weiterentwicklung und zu den erzielten Fortschritten der Strategie. Darüber hinaus

wird der Vorsitzende des Nachhaltigkeitsbeirates an den Sitzungen der Strategischen Koordinierungsgruppe teilnehmen.

7. Wie soll die Nachhaltigkeitsstrategie zur Umsetzung des Aktionsplans für die UN-Dekade 2005 bis 2014 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beitragen?

Sowohl in der UN-Dekade, als auch in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes geht es in Anlehnung an den ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan darum, die „abstrakte Idee einer nachhaltigen Entwicklung zur Realität für Menschen dieser Erde zu machen“. Im Mittelpunkt dieser Idee steht somit der Mensch. Von jedem Einzelnen hängt es ab, ob sich nachhaltige Lebensweisen dauerhaft durchsetzen können. Ein zentrales Anliegen der Aktivitäten im Rahmen der UN-Dekade und der Nachhaltigkeitsstrategie ist es, die Menschen, insbesondere die junge Generation, durch Bildung für einen nachhaltigen Lebensstil zu gewinnen. All dies kann nicht von heute auf morgen geschehen. Nachhaltige Entwicklung ist ein Prozess – ein gesellschaftlicher Such-, Lern- und Gestaltungsprozess. Nachhaltigkeit zu leben bedeutet Prioritäten festzulegen, Ziele zu benennen und mit konkreten Maßnahmen umzusetzen.

Um Synergien zwischen dem UN-Dekade-Prozess und der Nachhaltigkeitsstrategie sinnvoll nutzen zu können, wurde u. a. die Fortschreibung des Aktionsplanes „Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“ auf Vorschlag des Netzwerkes „Nachhaltigkeit lernen“ unter Federführung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport im März 2007 als Start-Projekt in die Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden. Die Projektarbeitsgruppe steht in einem engen Austausch mit dem Netzwerk „Nachhaltigkeit lernen“. Durch die Integration in die Nachhaltigkeitsstrategie wurde die Projektgruppe für weitere Teilnehmer geöffnet.

Die derzeitige Arbeit am Aktionsplan stellt sich als ein konstruktiver Dialog zwischen den zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren dar. Im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie werden im Aktionsplan für die BNE in Baden-Württemberg Handlungsdefizite bzw. -bedarf konstatiert, Leitlinien und Ziele benannt sowie konkrete Maßnahmen dokumentiert. Nach Abschluss dieses Projektes wird darüber zu entscheiden sein, ob im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie ein weiteres Projekt der UN-Dekade umgesetzt wird.

8. Welche personellen Kapazitäten und welche Finanzmittel stehen in den verschiedenen Ressorts (Ministerien und nachgeordnete Behörden) für die Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zur Verfügung?

Die Ressorts wirken in der Nachhaltigkeitskonferenz auf Ministerebene und in der Strategischen Koordinierungsgruppe auf Amtsebene zusammen. Der Projektvorsitz ist auf der Ebene der Abteilungsleiter angesiedelt, die in dieser Funktion auch an den Sitzungen der Strategischen Koordinierungsgruppe teilnehmen. Die Ressorts stellen für die Betreuung der von ihnen federführend bearbeiteten Projekte Arbeitskapazitäten in der Regel auf Referentenebene zur Verfügung. Diese führen neben ihren üblichen Aufgaben inhaltliche Vorarbeiten sowie die Vor- und Nachbereitung der Projektgruppen-Sitzungen durch. Für die in den Projekten gebildeten Unterarbeitsgruppen werden weitere Zuarbeiten geleistet. Darüber hinaus beteiligen sich die Ressorts sowie die Regierungspräsidien an Projekten, die von anderen Ressorts federführend bearbeitet werden.

Die Ressorts binden, je nach Erfordernis, auch externe Institute und Experten ein, die die Projektarbeiten organisatorisch und inhaltlich vorbereiten und

unterstützen. Hierfür stellen die Ressorts im Rahmen ihrer haushaltsrechtlichen Möglichkeiten eigene Finanzmittel zur Verfügung.

Die für die Umsetzung erforderlichen finanziellen Mittel können momentan nur schwer abgeschätzt werden. Eine seriöse Kalkulation des Mittelbedarfs für die Projektumsetzungen kann erst erfolgen, wenn die Projektergebnisse und damit die konkreten Handlungsvorschläge vorliegen. Schon jetzt haben einzelne Ressorts Haushaltsmittel für die Umsetzung kurzfristiger Projekte eingestellt. Darüber hinaus werden die Ressorts gegebenenfalls – vorbehaltlich ihrer haushaltsrechtlichen Möglichkeiten – für die Umsetzung der Projektergebnisse bedarfsspezifisch Mittel in angemessener Höhe zur Verfügung stellen. Da die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen eine unabdingbare Rahmenbedingung nachhaltiger Politik ist, darf die Umsetzung der Projektergebnisse nicht zu Mehrausgaben führen, die eine weitere Kreditaufnahme erforderlich machen. Mehrkosten sind daher durch Einsparungen an anderer Stelle und/oder Umschichtungen zu finanzieren.

Das Umweltministerium stellt neben den Projektleitern und Referenten in insgesamt 4 Projektgruppen für die Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie zwei Mitarbeiter zur Verfügung.

9. Liegen die in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU (Drucksache 14/1075) in Aussicht gestellten Inputs von Seiten der Landesregierung wie die Formulierung Baden-Württemberg-spezifischer Orientierungsziele und das Konzept für das Themenfeld „Wissen und Bildung als Motoren nachhaltiger Entwicklung“ inzwischen vor und falls nein, wann ist mit ihrer Vorlage zu rechnen?

Wie bereits in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion dargestellt ist die Landesregierung der Auffassung, dass eine Nachhaltigkeitsstrategie zwei Anforderungen erfüllen muss:

- Zum einen muss Nachhaltigkeit in konkreten Projekten sichtbar werden. Wie dargestellt (vgl. Ziff. 4), hat eine große Bandbreite und Zahl gesellschaftlicher Akteure diesen Ansatz der Landesregierung aufgegriffen und beteiligt sich konstruktiv an der Arbeit in den Projektgruppen.
- Zum anderen muss sie einen Orientierungsrahmen und eine Plattform für die Lösung zentraler Herausforderungen bieten. Gleichzeitig mit der Konstituierung der Projektgruppen hat die Landesregierung deshalb einen Prozess zur Bildung eines Strategischen Daches und der Entwicklung von Zielen eingeleitet.

In einem ersten Schritt hat das Umweltministerium eine Übersicht über die auf nationaler und EU-Ebene bestehenden Ziele erstellt, die für eine nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg Relevanz besitzen. Die Zusammenstellung der nationalen und internationalen Ziele findet sich auch auf der Website der Nachhaltigkeitsstrategie unter www.jetzt-das-morgen-gestalten.de. Diese Zielsetzungen sind für die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung, da sich diese auch als Beitrag und Teil der Nachhaltigkeitsstrategien von EU und Bund begreift.

Die vom Umweltministerium recherchierten, rund 240 Einzelziele wurden anschließend in einem zweiten Schritt allen Ressorts sowie mehr als 200 Institutionen, Einrichtungen und Verbänden des Landes zur Verfügung gestellt, mit der Bitte die dargestellten Ziele aus der jeweiligen Sicht auch um Landesziele zu ergänzen und zu priorisieren.

Auf der zweiten Sitzung der Strategischen Koordinierungsgruppe Ende November 2007 sollen die Rückmeldungen diskutiert und unter Berücksichtigung bereits vorhandener Landesziele übergeordnete Ziele vorgeschlagen werden, die in einem sich anschließenden Konsultationsverfahren erneut mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen erörtert werden. Im Frühjahr 2008 sollen die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg von der Nachhaltigkeitskonferenz verabschiedet werden.

Die Fortentwicklung des Gemeinwesens in Richtung auf eine Wissensgesellschaft für die nachhaltige Sicherung der natürlichen Grundlagen und des Wohlstands dieser und zukünftiger Generationen ist für die Landesregierung von zentraler Bedeutung. Der Ministerrat hat deshalb bereits vor der Sommerpause beschlossen der Nachhaltigkeitsstrategie ein weiteres Themenfeld hinzuzufügen.

Für das neue Themenfeld der Nachhaltigkeitsstrategie „Bildung und Wissen als Motoren nachhaltiger Entwicklung“ wurde vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Zusammenarbeit mit Experten ein erster konzeptioneller Vorschlag entwickelt und Projektvorschläge zur Umsetzung dieses Themenfeldes ausgearbeitet. Die Laufzeit der Projekte ist auf 14 bis 18 Monate angelegt. Ausgehend vom hohen Eigenwert des Wissens als Ressource für Nachhaltigkeit, sollen sich die bereits vorgeschlagenen Projekte insbesondere mit spezifischen Fragen der notwendigen Aufgeschlossenheit in der Gesellschaft gegenüber neuen Technologien und innovativen Verhaltensweisen und mit der zukünftigen Ausgestaltung des Gründungsgeschehens und Technologietransfers zur Sicherstellung eines nachhaltigen Wachstums beschäftigen.

Angesichts der Bedeutung und Breite des Themenfeldes wird angestrebt, in der Abstimmung mit den inhaltlich betroffenen Ressorts und in der Diskussion mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen weitere geeignete Projektthemen für die Umsetzung in der Nachhaltigkeitsstrategie zu identifizieren. Entsprechend der dialogorientierten Vorgehensweise in der Nachhaltigkeitsstrategie ist zu Beginn des Jahres 2008 ein eigener Workshop zu diesem Themenfeld vorgesehen.

10. Welche Schritte wurden bisher unternommen, um die Nachhaltigkeitsstrategie und ihre Ziele im Regierungshandeln umzusetzen und welche konkreten Beispiele können diesbezüglich genannt werden?

Mit der Nachhaltigkeitsstrategie wurde eine Gesamtstruktur geschaffen, um Querschnittsthemen in Baden-Württemberg Ressort übergreifend zu bearbeiten und daraus konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Der Prozess zur Entwicklung von Zielen nachhaltiger Entwicklung in Baden-Württemberg wurde begleitend zur Arbeitsaufnahme der Projektgruppen gestartet und soll im Frühjahr 2008 abgeschlossen sein.

Die konkreten Arbeiten an der Nachhaltigkeitsstrategie, insbesondere im Rahmen der Projekte, laufen seit etwa sieben Monaten. Mit ersten Ergebnissen aus den Projekten ist im Frühjahr 2008 zu rechnen.

II.

1. Die Landesregierung wird gebeten, ein Evaluierungskonzept für den Gesamtprozess vorzulegen, das aufzeigt, mit welchem Ziel, nach welcher Methode, von wem und ab wann eine Evaluierung vorgenommen wird.

Die Evaluierung der Nachhaltigkeitsstrategie erfolgt, wie es auch ihrer Struktur entspricht, auf zwei Ebenen: der Projektebene und der strategischen Ebene.

Die in den Projekten ausgearbeiteten Handlungsvorschläge werden zunächst in der Strategischen Koordinierungsgruppe diskutiert und von dieser verabschiedet. Mit ersten Arbeitsergebnissen der Projektgruppen ist im Frühjahr 2008 zu rechnen, sodass zu diesem Zeitpunkt erstmals eine Bewertung der Projektarbeiten erfolgen kann. Unterstützt wird dieses Gremium dabei vom Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg, der durch seine Unabhängigkeit und wissenschaftliche, interdisziplinäre Betrachtungsweise Hinweise für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Projektergebnisse liefern wird. Auch die Umsetzung der Arbeitsergebnisse der Projektgruppen wird von der Strategischen Koordinierungsgruppe begleitet.

Auf der strategischen Ebene erfolgt die Evaluierung der Nachhaltigkeitsstrategie vornehmlich anhand der Ziele nachhaltiger Entwicklung in Baden-Württemberg, die bis zum Frühjahr 2008 vorgelegt werden. Da nachhaltige Entwicklung nicht als Zustand, sondern als Prozess zu sehen ist, wird sich die Evaluierung daran orientieren, wie sich die Entwicklungstrends in Richtung der beschriebenen Ziele darstellen. Daneben ist zu einem geeigneten Zeitpunkt eine Evaluierung des Gesamtprozesses zur Weiterentwicklung und Optimierung der Nachhaltigkeitsstrategie vorgesehen.

2. Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag spätestens ein Jahr nach der Auftaktveranstaltung erstmalig umfassend über die Ergebnisse der Projektgruppen, die Umsetzung der Projektergebnisse und den Gesamtprozess der Nachhaltigkeitsstrategie zu berichten.

Wie die Landesregierung bereits in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. März 2007 (Drucksache 14/1075) dargelegt hat, ist vorgesehen, dem Landtag über die Ergebnisse der Projektgruppen, die Umsetzung der Projektergebnisse sowie den Gesamtprozess der Nachhaltigkeitsstrategie zu berichten. Die Landesregierung ist gerne bereit, dem Landtag turnusmäßig über die Fortschritte in der Nachhaltigkeitsstrategie zu berichten, sobald entsprechende Projektergebnisse vorliegen sowie Umsetzungsmaßnahmen ergriffen wurden.

3. Die Landesregierung wird gebeten, im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie einen „Nachhaltigkeits-Check“ für rechtliche Regelungen und Förderinstrumente zu entwickeln, der bei der Vorlage neuer Gesetze und Verordnungen und der Aufstellung des Haushalts so weit wie möglich zu berücksichtigen ist.

Die Landesregierung nimmt den Vorschlag eines „Nachhaltigkeits-Checks“ auf und wird ihn in ihren weiteren Überlegungen zur Nachhaltigkeitsstrategie prüfen.

Gönner
Umweltministerin

Anlage zu Frage I.4: Beteiligung der gesellschaftlichen Akteure an den Projekten

Themenfeld 1: Zukunftsfähige Energieversorgung und –nutzung

Projekt „Kommunaler Klimaschutz“

Projektvorsitz:

Dr. Albrecht Rittmann, Umweltministerium
Rainer Specht, Städtetag Baden-Württemberg

Projektteilnehmer:

Amt für Arbeits- und Umweltschutz der Stadt Karlsruhe
EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Evangelische Akademie Bad Boll
Forschungszentrum Karlsruhe GmbH
Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme (ISE)
Ingenieurkammer Baden-Württemberg
Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung
Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH
Landesnaturausschuss Baden-Württemberg e.V.
Landeszentrale für politische Bildung
LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH Stuttgart
MVV Mannheim
Ortenauer Energieagentur
Regionalverband Nordschwarzwald
Regionalverband Südlicher Oberrhein
Solarcomplex GmbH
Städtetag Baden-Württemberg
Stadtverwaltung Rastatt
Umweltschutzamt der Stadt Heidelberg

Projekt „Reduzierung des Energieverbrauchs in Haushalt, Gewerbe und Industrie“Projektvorsitz:

Karl Greißing, Wirtschaftsministerium
Beate Weiser, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V.

Projektteilnehmer:

ABB AG, Mannheim
Arbeitsgemeinschaft baden-württembergischer Bausparkassen
Arbeitskreis Innovative Energienutzung in Gebäuden und Betrieben
Architektenkammer Baden-Württemberg
Baden-Württembergischer Handwerkstag e. V.
BBT Thermotechnik GmbH
Bischöfliches Ordinariat Rottenburg-Stuttgart
Consulting-Büro Consiste
Deutscher Mieterbund Landesverband Baden-Württemberg e. V.
DVGW – Landesgruppe Baden-Württemberg e. V.
EnBW Energie Baden-Württemberg AG
EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH
Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg
Evangelische Landeskirche in Württemberg
Evangelischer Oberkirchenrat Baden
Fachverband Elektro- und Informationstechnik Baden-Württemberg
Fachverband SHK Baden-Württemberg
Forschungsschwerpunkt interdisziplinäre Risikoforschung und nachhaltige
Technikentwicklung der Universität Stuttgart
Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung
Haus & Grund Baden e. V.
Haus & Grund Württemberg e. V.
Industrie- und Handelskammer Karlsruhe
Industrieverband Technische Gebäudeausrüstung Baden-Württemberg e. V.
Ingenieurkammer Baden-Württemberg
Institut für Energie- und Umweltforschung
Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Uni Stuttgart
Institut für Fördertechnik und Logistik, Uni Stuttgart
Institut für Industriebetriebslehre und Industrielle Produktion der Universität Karlsruhe
ITAS - Forschungszentrum Karlsruhe
KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH
Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V.
Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e. V.
Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Baden-Württemberg
e. V.
LVI – Beratungs- und Service-GmbH

Modell Hohenlohe Netzwerk betrieblicher Umweltschutz und nachhaltiges
Wirtschaften e. V.
MVV Energiedienstleistungen GmbH
NABU – Landesverband Baden-Württemberg
Naturfreunde Württemberg e. V.
Öko-Institut e. V.
Regionalverband Neckar-Alb
Städtetag Baden-Württemberg
Stadtwerke Karlsruhe
Stiebel-Eltron GmbH & Co. KG
SÜWAG Energie AG
Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.
Verband der Chemischen Industrie e. V.
Verband der Elektrizitätswirtschaft Baden-Württemberg e. V.
Verband Wohneigentum Baden-Württemberg e. V.
Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V.
Vereinigung baden-württembergischer kommunaler Wohnungsunternehmen
Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.
Volkswohnung GmbH
Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH
Wirtschaftsverband Industrieller Unternehmen Baden e. V.
Württembergischer Landessportbund
Zukunft Altbau bei der KEA
ZVEI Landesstelle Baden-Württemberg

Projekt „Stärkung der Nachhaltigkeit im Staatlichen Hochbau“

Projektvorsitz:

Thomas Knödler, Finanzministerium

Projektteilnehmer:

Architektenkammer Baden-Württemberg

Beamtenbund Baden-Württemberg

Forschungszentrum Karlsruhe

ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung

Industrie- und Handelskammertag Baden-Württemberg

Ingenieurkammer Baden-Württemberg

Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Universität Stuttgart

Institut für Gebäudeenergetik, Universität Stuttgart

KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH

Oberfinanzdirektion Karlsruhe, Bundesbau Freiburg

Städtetag Baden-Württemberg

Unfallkasse Baden-Württemberg

Universität Karlsruhe, Institut für Ökonomie und Ökologie des Wohnungsbaus

Vermögen und Bau Baden-Württemberg

Zentrum für Energieforschung e.V.

Themenfeld 2: Produzieren und Arbeiten

Projekt „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“

Projektvorsitz:

Günter Mächtle, Ministerium für Arbeit und Soziales
Marion Johannsen, Landesvereinigung Baden-Württembergischer
Arbeitgeberverbände e.V.

Projektteilnehmer:

AG Ländliche Erwachsenenbildung
Arbeitskreis der Beauftragten für Chancengleichheit der obersten Landesbehörden
Auto Club Europa
Beamtenbund Baden-Württemberg
DGB Bezirk Baden-Württemberg
Evangelischer Oberkirchenrat Stuttgart
Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation
IHK - Region Stuttgart
Landesfamilienrat Baden-Württemberg
Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den wissenschaftlichen
Hochschulen Baden-Württemberg
Landesseniorenrat Baden-Württemberg
Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände
Landkreistag Baden-Württemberg
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
Metropolregion Rhein-Neckar
Mütterforum Baden-Württemberg
Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit
Städtetag Baden-Württemberg
Verband der Familienfrauen und-männer e. V.
Verein der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg
Volkshochschulverband Baden-Württemberg

Projekt „Hochwertige Lebensmittel aus unserem Land“Projektvorsitz:

Joachim Hauck, Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum
Prof. Dr. Reiner Doluschitz, Universität Hohenheim

Projektteilnehmer:

Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung (ALEB)
Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg im Bioland
Landesverband Baden-Württemberg e. V.
Badischer Genossenschaftsverband Raiffeisen/Delitsch e. V.
Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband
Badischer Weinbauverband e. V.
Bildungs- und Wissenszentrum Aulendorf
Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg
Dr. Rainer Wild-Stiftung
Edeka Handelsgesellschaft Südwest mbH
Einzelhandelsverband Baden-Württemberg
Fachhochschule Konstanz
FBW Fördergemeinschaft für Qualitätsprodukte aus Baden-Württemberg e. V.
Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen
Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee
Landesanstalt für die Entwicklung der Ländlichen Räume (LEL)
Landesbauernverband in Baden-Württemberg
Landesinnungsverband Baden-Württemberg des Fleischhandwerks
Landesschafzuchtverband Baden-Württemberg e. V.
Landesverband Erwerbsobstbau Baden-Württemberg e. V.
Landfrauenverband Württemberg-Hohenzollern e. V.
LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.
MBW Marketinggesellschaft Baden-Württemberg mbH
Milchwirtschaftlicher Verein Baden-Württemberg e. V.
Obstregion Bodensee e. V.
Südzucker AG Mannheim
Universität Hohenheim
Verband Badischer Gartenbaubetriebe e. V.
Verband der Agrargewerblichen Wirtschaft (VdAW) e. V.
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen Landesgruppe Baden-Württemberg
Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.
Weinbauverband Württemberg e. V.
Württembergischer Gärtnereiverband e. V.
Württembergischer Genossenschaftsverband Raiffeisen/Schulze-Delitsch e. V.

Projekt „Abfall als Ressource“

Projektvorsitz:

Dr. Albrecht Rittmann, Umweltministerium
Dr. Winfried Golla, VCI Baden-Württemberg

Projektteilnehmer:

Baden-Württembergischer Handwerkstag e.V.
Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag
BDE – Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft e.V.
BKB Göppingen, Müllheizkraftwerk Göppingen GmbH
bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.
Gemeindetag Baden-Württemberg
GWE Holding GmbH
HIM GmbH Marketing & Vertrieb
ifeu-Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH
Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE)
ITAD e.V. / CEWEP e.V.
Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH
Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW)
Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V.
Landkreistag Baden-Württemberg
MVV Umwelt GmbH
MVV O & M GmbH
Städtetag Baden-Württemberg
Universität Stuttgart, Institut für Siedlungswasserbau, Wassergüte- und
Abfallwirtschaft
Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Baden-Württemberg
VKS im VKU Landesgruppe BW
Wirtschaftsverband Papier Baden-Württemberg - WVP - e.V.

Themenfeld 3: Zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Regionen

Projekt „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“

Projektvorsitz:

Dr. Albrecht Rittmann, Umweltministerium

Rainer Ehret, Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V.

Das Aktionsbündnis "Flächen gewinnen in Baden-Württemberg" hat ein eigenes Projekt mit dem Titel "Flächenmobilisierung in der Innenentwicklung" in die Nachhaltigkeitsstrategie eingebracht.

Projektteilnehmer:

Altlastenforum Baden-Württemberg

Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen

Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände Baden-Württembergs

Architektenkammer Baden-Württemberg

Baden-Württembergischer Handwerkstag e. V.

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag

DB Services Immobilien GmbH

Finanzministerium Baden-Württemberg

Gemeindetag Baden-Württemberg

Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e. V.

Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V.

Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e. V.

Landkreistag Baden-Württemberg

Landratsamt Ortenaukreis

Städtetag Baden-Württemberg

Projekt „Runder Tisch Radverkehr“

Projektvorsitz:

Rudolf Köberle, Innenministerium

Projektteilnehmer:

ACE - Auto Club Europa
ADAC Baden-Württemberg
ADFC Baden-Württemberg
AOK Baden-Württemberg
BRV
BUND Landesverband Baden-Württemberg
DB Regio AG Region Baden-Württemberg
Gemeindetag Baden-Württemberg
Gmünder Ersatzkasse
Große Kreisstadt Wiesloch
Institut für Straßen- und Verkehrswesen, Universität Stuttgart"
Landesinstitut für Schulsport
Landespolizeipräsidium
Landessportverband Baden-Württemberg (LSV)
Landesverkehrswacht Baden-Württemberg
Landkreistag Baden-Württemberg
Lehrstuhl für Straßenplanung und Straßenbau
LHS
Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg
Paul Lange & Co. / SHIMANO
Städtetag Baden-Württemberg
Tourismus-Marketing BW
VCD Baden-Württemberg
Wirtschaft in Bewegung
WRSV e.V.
Zweirad Industrie-Verband

Themenfeld 4: Lebensqualität

Projekt „Neuakzentuierung der Prävention in Baden-Württemberg“

Projektvorsitz:

Dr. Joachim Kohler, Ministerium für Arbeit und Soziales

Projektteilnehmer:

AOK Baden-Württemberg

BARMER Ersatzkasse

Bundesknappschaft Verwaltungsstelle München

Deutsche Angestellten Krankenkasse

Deutsche Rentenversicherung

Fraunhofer - Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation

Gemeindetag Baden-Württemberg

Hebammenverband Baden-Württemberg

Heilbäderverband Baden-Württemberg

IKK Baden-Württemberg und Hessen

Landesapothekerverband Baden-Württemberg

Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den wissenschaftlichen

Hochschulen Baden-Württemberg

Landessenorenrat

Landesverband der Betriebskrankenkassen Baden-Württemberg"

Landkreistag Baden-Württemberg

Städtetag Baden-Württemberg

Technikerkrankenkasse Baden-Württemberg

Unfallkasse Baden-Württemberg

Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V./Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e.V. –

Landesvertretung Baden-Württemberg

Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.

Württembergischer Landessportbund e. V.

Projekt „Unsere Bäche und Flüsse – die Lebensadern Baden-WürttembergsProjektvorsitz:

Peter Fuhrmann, Umweltministerium Baden-Württemberg

Prof. Dr. Werner Konold, Institut für Landespflege, Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg

Projektteilnehmer:

Büro am Fluss

Deutsche Umwelthilfe e. V.

EnBW

Evangelische Landeskirche in Württemberg

Gemeindetag Baden-Württemberg

Industrie- und Handelskammertag Baden-Württemberg

Landesfischereiverband Baden-Württemberg e. V.

Landesnaturausschutzverband Baden-Württemberg

Landessportverband Baden-Württemberg

Landesverband der baden-württembergischen Industrie e. V.

Landkreistag Baden-Württemberg

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW)

Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim

Naturschutzbund Deutschland e. V. - Landesverband Baden-Württemberg

Naturschutzzentrum Karlsruhe-Rappenwört

Schwäbischer Heimatbund

Städtetag Baden-Württemberg

Tourismusverband Baden-Württemberg e. V. / Tourismus-Marketing GmbH Baden-
Württemberg

Umweltakademie

Verband der chemischen Industrie e.V. Landesverband Baden-Württemberg

Verband der Südwestdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie e.V.

Verband deutscher Verkehrsunternehmen Landesgruppe Baden-Württemberg

Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.

Wasserwirtschaftsverband Baden-Württemberg e. V.

Wirtschaftsverband Papier Baden-Württemberg e.V.

Projekt „Zukunftsorientierte Sicherheitsarbeit – Innovationspartnerschaft“

Projektvorsitz:

Erwin Hetger, Innenministerium

Dr. Gunther Grasmann, Fraunhofer Institut für Informations- und Datenverarbeitung

Projektteilnehmer:

Bosch Sicherheitssysteme GmbH

Carl Zeiss Optronik GmbH

Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation

Fraunhofer-Institut für Informations- und Datenverarbeitung

Gemeindetag BW

Industrie- und Handelskammer Stuttgart

Siemens AG

Städtetag Baden-Württemberg

Projekt „Gesunde Ernährung“Projektvorsitz:

Jürgen Maier, Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum
Dr. Gesa Schönberger, Dr. Rainer Wild-Stiftung

Projektteilnehmer:

ALEB Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung
AOK Hauptverwaltung
Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg
BKK Landesverband Baden-Württemberg
DEHOGA Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Baden-Württemberg
Deutsche Gesellschaft für Ernährung, Sektion Baden-Württemberg e. V.
Deutsche Umwelthilfe e. V.
Deutscher Familienverband Baden-Württemberg e. V.
Dr. Rainer Wild Stiftung
EDEKA Handelsgesellschaft Südwest mbH
Einzelhandelsverband Baden-Württemberg e. V.
Ernährungszentrum Bodensee-Oberschwaben
Ernährungszentrum Südlicher Oberrhein
Evangelisches Bauernwerk Hohebuch
Gemeindetag Baden-Württemberg
Hebammenverband Baden-Württemberg e. V.
Kuratorium Knochengesundheit e. V.
KVJS Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
Landesapothekerverband Baden-Württemberg
Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Landesinstitut für Schulentwicklung
Landeszentrale für politische Bildung
Landkreistag Baden-Württemberg
Landratsamt Karlsruhe – Ernährungszentrum
LEL – Landesstelle für landwirtschaftliche Marktkunde Schwäbisch Gmünd
MBW Marketing- und Absatzförderungsgesellschaft für Agrar- und Forstprodukte aus Baden-Württemberg
Öffentlicher Gesundheitsdienst Netzwerk g`gesund und g`scheit
Umweltakademie
Unfallkasse Baden-Württemberg
Verband Deutscher Meisterinnen und Meister der Hauswirtschaft Baden-Württemberg
Verbraucherkommission Baden-Württemberg
Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V.
vhs Böblingen-Sindelfingen
VLB - Verband der Lehr- und Beratungskräfte für Haushalt und Verbrauch im ländlichen Raum e. V.
Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.

Themenfeld 5: Zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung

Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Projektleitung:

Achim Beule, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Sigrid Schell-Straub, Landesarbeitskreis Schule für Eine Welt

Projektteilnehmer:

Dachverband Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Baden-Württemberg (DEAB)

Entwicklungspolitisches Informationszentrum (EPIZ)/DED/ Landesarbeitskreis

"Schule für EineWelt"

Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation

Industrie- und Handelskammer

Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV)

Ökostation Freiburg

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ)

Stiftung Naturschutzfonds beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Projekt „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Justiz“

Projektvorsitz:

Prof. Ulrich Stephan, Justizministerium
Hans Nusser, Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Projektteilnehmer:

Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg e. V. -
ARBES e. V. -
Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Baden-Württemberg
Badischer Landesverband für soziale Rechtspflege
Beiräte der Justizvollzugsanstalten
Gemeindetag Baden-Württemberg
Interessengemeinschaft der Betreuungsvereine Baden-Württemberg
Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Landesjugendring Baden-Württemberg e. V.
Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den Wissenschaftlichen
Hochschulen (LaKoG) Baden-Württemberg
Landessportverband Baden-Württemberg e.V.
Landkreistag Baden-Württemberg
Landesstiftung Opferschutz
Landkreistag Baden-Württemberg
NEUSTART gGmbH
Städtetag Baden-Württemberg
Verband Bewährungs- & Straffälligenhilfe Württemberg e. V.
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen Landesgruppe Baden-Württemberg
Verein Bewährungshilfe Stuttgart e. V.
Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.
Weißer Ring e. V. - Landesbüro Baden-Württemberg

Projekt „Biologische Vielfalt“

Projektvorsitz:

Dr. Dietwalt Rohlf, Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Für das Projekt des "Klimawandel und zuwandernde Arten" wird derzeit die für Mitte Dezember 2007 vorgesehene Auftaktveranstaltung vorbereitet. Der Teilnehmerkreis wird aktuell noch geprüft.

Anlage 2**Anlage zu Frage I.4: Beteiligung der gesellschaftlichen Akteure an den Themenfeld-Workshops**

In der Entwicklungspolitik tätige Nichtregierungsorganisationen sind fett gedruckt.

Themenfeld-Workshop „Zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Regionen“ am 22. Juni 2007

AOK Baden-Württemberg
Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung
Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag
Bewährungshilfe Stuttgart
Bund der Selbständigen Baden-Württemberg
Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart
DaimlerChrysler
Einzelhandelsverband Baden-Württemberg
Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation
Freie Wähler Baden-Württemberg
Gemeindetag Baden-Württemberg
Ingenieurkammer Baden-Württemberg
Institut für Verkehr und Umwelt
Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Landesnaturausschuss Baden-Württemberg
Landesverband der baden-württembergischen Industrie
Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände
Landesverkehrswacht Baden-Württemberg
Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
Regionalverband Heilbronn-Franken
Regionalverband Neckar-Alb
Robert Bosch Stiftung
Schwäbischer Turnerbund
Städtetag Baden-Württemberg
Unfallkasse Baden-Württemberg
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen Landesgruppe Baden-Württemberg
Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Baden-Württemberg
Verband Region Stuttgart
Verbraucherkommission Baden-Württemberg
Verkehrsclub Deutschland Landesverband Baden-Württemberg
**Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung der Evangelischen Landeskirche
Württemberg**

Themenfeld-Workshop „Produzieren und Arbeiten“ am 17. Juli 2007

AOK Baden-Württemberg
Baden-Württembergischer Handwerkstag
Beamtenbund Baden-Württemberg
Bund der Selbständigen Baden-Württemberg
Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg
Energie Baden-Württemberg
Evangelische Akademie Bad Boll
Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation
Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung
Freie Wähler Baden-Württemberg
Greenpeace-Gruppe Stuttgart
Industrie- und Handelskammer Nordschwarzwald
Ingenieurkammer Baden-Württemberg
Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung Universität Stuttgart
J. Schmalz GmbH
Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz
Landesbank Baden-Württemberg
Landesfamilienrat Baden-Württemberg
Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Landeskommando Baden-Württemberg Theodor-Heuss-Kaserne
Landesseniorenrat Baden-Württemberg
Landessportverband Baden-Württemberg
Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände
Regionalverband Heilbronn-Franken
Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg
Techniker Krankenkasse Baden-Württemberg
Verband der chemischen Industrie Landesverband Baden-Württemberg
Verbraucherkommission Baden-Württemberg
Wirtschafts- und Industrievereinigung Stuttgart

Themenfeld-Workshop „Zukunftsfähige Energieversorgung und -nutzung“ am 9. Oktober 2007

AOK Baden-Württemberg
AWO-Bau gBauGmbH
Baden-Württembergischer Handwerkstag
Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag
Bund Badischer Landjugend
Bund der Landjugend Württemberg-Hohenzollern
Bürgerkonvent Stuttgart und Umland
Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg
DaimlerChrysler
Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall Landesverband Baden-Württemberg
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Baden-Württemberg
Diakonisches Werk Württemberg
EDEKA Handelsgesellschaft Südwest
Energie Baden-Württemberg
Europäische Akademie der Wissenschaft/ Institut für fortgeschrittene Systeme der Nachhaltigkeit
Evangelische Akademie Bad Boll
Fernwärmegesellschaft Baden-Württemberg
Fraunhofer Institut für Informations- und Datenverarbeitung
Fraunhofer Institut für System und -Innovationsforschung
Freie Wähler Baden-Württemberg
GENO-Verband
Gesellschaft für wirtschaftliche Energieversorgung
Großkraftwerk Mannheim
Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen
Ingenieurkammer Baden-Württemberg
Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung Universität Stuttgart
Institut für Landespflege
Institut für Landschaftsplanung und Ökologie Universität Stuttgart
Institut für wirtschaftliche Oelheizung
J. Schmalz GmbH
Justizvollzugs-Krankenhaus Hohenasperg
Klimaschutz und Energie-Agentur Baden-Württemberg
Landesbauernverband in Baden-Württemberg
Landesnaturausschutzverband Baden-Württemberg
Landesverband der baden-württembergischen Industrie
Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Baden-Württemberg
Landjugend Württemberg-Baden

NABU Baden-Württemberg
Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg
Öko-Institut
Regionalverband Donau-Iller
Regionalverband Heilbronn-Franken
Regionalverband Mittlerer Oberrhein
Regionalverband Neckar-Alb
Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg
Regionalverband Südlicher Oberrhein
Schwarzwaldverein
Siedlungswerk
Stadt Mannheim
Stadtwerke Karlsruhe
Universität Stuttgart
Verband Baustoff-Fachhandel Süd
Verband der Baden-Württembergischen Grundbesitzer
Verband der Chemischen Industrie Landesverband Baden-Württemberg
Verband der Elektrizitätswirtschaft
Verband der Gas- und Wasserwerke Baden-Württemberg
Verband für Energiehandel Südwest-Mitte
Verband für Wärmelieferung
Verband Region Rhein-Neckar
Verband-Wohneigentum Baden-Württemberg
Verbraucherkommission Baden-Württemberg
Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger Baden-Württemberg
Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg

Themenfeld-Workshop „Zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung“ am 23. Oktober 2007

AOK Baden-Württemberg, Stabstelle Sozialpolitik
Arbeitgeberverband Chemie Baden-Württemberg
Baden-Württembergischer Handwerkstag
Badischer Fußballverband
Bund der Selbstständigen Baden-Württemberg
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
Bürgerstiftung Lebensqualität Burgrieden
Daimler
Deutsches Rotes Kreuz/ Landesverband Badisches Rotes Kreuz
Edeka Handelsgesellschaft Südwest
Europäisches Städtenetzwerk zur Integrationspolitik
Frauen und Gleichstellung im Schwäbischen Turnerbund
Haus Birkach/ Studienzentrum der Evangelischen Landeskirche
Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben
Ingenieurkammer Baden-Württemberg
Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn
Interessengemeinschaft der Betreuungsvereine Baden-Württemberg
Kontaktstelle für ausländische Mitbürger Ulm
Landeselternbeirat Baden-Württemberg
Landesnenschutzverband
Landesseniorenrat Baden-Württemberg
Landessportverband Baden-Württemberg
Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg
Landesverkehrswacht
Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg
NEUSTART gemeinnützige GmbH
Regionalverband Heilbronn-Franken
Robert Bosch Stiftung
Spendenparlament Reutlingen
Stadt Pforzheim/ Amt für soziale Sicherung und Integration
Stadt Reutlingen/ Referat für Migrationsfragen
Unfallkasse Baden-Württemberg
Verbraucherkommission Baden-Württemberg
Verein Bewährungshilfe Stuttgart
Volkshochschulverband Baden-Württemberg